

# Makroskop

Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft.

## Faschismus als Reaktion auf marktliberales Chaos

Nikolaus Kowall · Freitag den 2. September 2016

**Polanyi hat in seinem Klassiker „The Great Transformation“ zeitlose Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen dogmatischem Wirtschaftsliberalismus und autoritären politischen Reaktionen auf denselben beleuchtet. Im Zuge der Polarisierung der sozialen und politischen Krise in Europa scheint das Werk wieder brandaktuell.**

„Die Entbehrungen der durch die Deflation arbeitslos gewordenen; die Notlage der öffentlich Bediensteten, die ohne Federlesens entlassen wurden, ja sogar der Verzicht auf nationale Rechte und der Verlust verfassungsmäßiger Freiheiten wurde als angemessener Preis für die Erfüllung der Forderung nach einem ausgeglichenen Budget und einer gesunden Währung betrachtet, jenen vorrangigen Grundsätzen des Wirtschaftsliberalismus.“

Dieses Zitat ist keine zeitgenössische Kritik an der Administration der Eurokrise, sondern entstammt dem Werk „The Great Transformation“ (1944/2014, S. 197) des interdisziplinär aufgestellten Wirtschaftshistorikers und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi. Die angeführten Prioritäten des Wirtschaftsliberalismus seien deshalb von so eminenter Wichtigkeit, weil die Finanzwelt, das Nervensystem der liberalen Marktwirtschaft, stabilen Rahmenbedingungen den höchsten Stellenwert einräumt. Ein ausgeglichener Haushalt und eine stabile Währung seien das Kredo des Bankiers (vgl. S. 269). Polanyi ist weit davon entfernt wie Rudolf Hilferding das Finanzkapital als Triebkraft imperialistischer Konkurrenz zu begreifen. Die Hochfinanz agierte pragmatisch, ein Krieg zwischen den Großmächten wäre geschäftsschädigend gewesen. „(...) Geschäfts- und Finanzwelt waren in der Tat für viele Kolonialkriege verantwortlich, aber auch für die Tatsache, dass ein allgemeiner Krieg vermieden wurde.“ (S. 36). Der 100-jährige Frieden von 1815-1914 sei ein Resultat der Pax Britannica, diese wurde von der Londoner City meistens durch Interventionen im internationalen Finanzwesen aufrechterhalten (vgl. S. 24-36).

Polanyi kritisiert, dass der Wirtschaftsliberalismus beanspruchte, das grundlegende Organisationsprinzip der Gesellschaft zu sein (vgl. S. 196). Sein Hinweis auf die Wirkmächtigkeit wirtschaftsliberaler Dogmen ähnelt zeitgenössischer Kritik:

„Der Wirtschaftsliberalismus (...) entwickelte sich zu einem wahren Glauben an die weltliche Erlösung der Menschen durch einen selbstregulierenden Markt.“ (S. 187)

Frappierend ist aus aktuellem Anlass auch Polanyis Beschreibung der Indifferenz des Wirtschaftsliberalismus gegenüber realen Entwicklungen. Werden Folgen des Marktversagens durch die Politik thematisiert oder gar korrigiert, dann liegt der Fehler für Wirtschaftsliberale nicht beim unregulierten Markt, sondern bei den Regierungen, die mit „Ignoranz, Ehrgeiz, Habsucht und kurzsichtige[m] Vorurteil“ gesegnet seien (S. 283). „Seit der Zeit, in der die Scholastiker den empirischen Fakten der Wissenschaft trotzten, hatte man keine derart massive Konzentration an Voreingenommenheit gesehen.“ (S. 283)

## **Faschismus als Antwort auf den Wirtschaftsliberalismus**

Polanyi analysierte aus der Perspektive des Jahres 1944 die Gefahr, die eine dogmatische Interpretation liberaler Vorstellungen und eine rigorose wirtschaftspolitische Implementierung derselben mit sich brachten: „Die Hartnäckigkeit, mit der die Anhänger des Wirtschaftsliberalismus in einem kritischen Jahrzehnt autoritäre Interventionen im Dienst einer Deflationspolitik unterstützt hatten, führte bloß zu einer entscheidenden Schwächung der demokratischen Kräfte.“ (S. 311). Er hatte wohl die autoritären Präsidialkabinette der Weimarer Republik vor Augen, die auf Basis von Notverordnungen Deflationspolitik betrieben. Polanyi beschreibt die Entwicklungen in Deutschland nicht im Detail, darum sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass das Aktionsprogramm der NSDAP für die Reichstagswahl im Juli 1932 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorsah, das man heute als Politik des deficit spending bezeichnen könnte. Tatsächlich setzten die Nazis ab 1933 auf einen Rüstungs-Keynesianismus, der nicht nur mit erheblichen Regulierungen, massiver Staatstätigkeit und planerischen Elementen einen krassen Bruch zur Deflationspolitik der Vorgängerregierungen darstellte, sondern in Bezug auf ökonomische Kennziffern wie Wachstum oder Beschäftigung positive Resultate erzielte:

„Den faschistischen Ausweg aus der Sackgasse, in die der liberale Kapitalismus geraten war, könnte man als eine Reform der Marktwirtschaft bezeichnen, erreicht um den Preis der Auslöschung aller demokratischen Institutionen.“ (S. 314)

Die „Reform“ der Marktwirtschaft unter totalitären Bedingungen ist für Polanyi die logische Folge einer dogmatisch liberalen Wirtschaftspolitik und letztere ist damit das Einfallstor für faschistoide politische Bewegungen: „Dies bringt uns zu unserer These, die noch zu beweisen ist: nämlich, dass die Ursprünge der Katastrophe in dem utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems liegen.“ (S. 54). Das Primat der Gesellschaft über die Wirtschaft kann laut Polanyi auf demokratische oder auf autoritäre Art wiederhergestellt werden (vgl. S. 332). Der Sieg des Faschismus und das Ende der

Freiheit sind für ihn Folgen der liberalen Reformunfähigkeit (vgl. S. 340).

## Markt ist keine natürliche Ordnung

Polanyi kritisiert in diesem Zusammenhang die damals (und heute wieder) dominante Lesart der Wirtschaftsgeschichte in Bezug auf die Natürlichkeit von Märkten. Auf Basis anthropologischer Untersuchungen kann er plausibel darstellen, dass Tausch in vormodernen Gesellschaften stark in soziale Kontexte eingebettet war und eher rituellen Handlungen zwischen familiären oder territorialen Gruppen entsprach als einer Beteiligung von Einzelpersonen an einem Markt (vgl. S. 77-86). Profit spielte dabei eine untergeordnete, Lohnarbeit gar keine Rolle (vgl. S. 71-77). Erst der Merkantilismus schuf mittels zentralstaatlicher Verwaltung einen nationalen Binnenmarkt (vgl. S. 99-101). Es gibt für Polanyi keinen Naturzustand des Marktes – Hayek wird 1952 von „spontaner Ordnung“ sprechen – die durch politische Intervention gestört wird. Auch gibt es keine quasi genetische Tauschneigung der Menschen, wie sie bei Adam Smith (mit selbst vorgebrachtem Zweifel) ins Treffen geführt wird. Von der „Tradition der klassischen Ökonomen, die versuchten das Marktgesetz auf die angeblichen Neigungen des Menschen im Naturzustand zurückzuführen“ hält er wenig (S. 74).

„Nichts war natürlich an der Praxis des Laissez-faire; freie Märkte wären niemals bloß dadurch entstanden, dass man den Dingen ihren Lauf ließ. So wie die Baumwollfabriken – die führende Freihandelsindustrie – mit Hilfe von Schutzzöllen, Exportprämien und direkten Lohnsubventionen geschaffen wurde, wurde sogar der Grundsatz des Laissez-faire selbst vom Staat durchgesetzt.“ (vgl. S. 192)

Polanyi arbeitet einen gravierenden Widerspruch im wirtschaftsliberalen Denken hervor. Gemäß eines konsequenten Laissez-faires, also einer Absenz staatlicher Eingriffe, dürfte der Staat auch nicht intervenieren, wenn die Herausbildung von Monopolstrukturen ruchbar würde. Das bedeutet, man müsste im Sinne der Vertragsfreiheit Unternehmen freien Lauf lassen, Kartelle zu bilden und Preise abzusprechen. Analog dürfte man im Sinne der Vertragsfreiheit Gewerkschaften nicht dabei behindern, Lohnverhandlungen zu organisieren und ein Monopol der Arbeiter auf der Seite des Arbeitsangebots und der Lohnhöhe zu schaffen (vgl. S. 205-206). Doch in beiden Fällen hätten die Wirtschaftsliberalen ihre Prioritäten klar abgesteckt, denn sobald

„(...) sich die Erfordernisse eines selbstregulierenden Marktes als unvereinbar mit den Erfordernissen des Laissez-faire erwiesen, dann wandten sich die Liberalen gegen das Laissez-faire und bevorzugten die sogenannten kollektivistischen Methoden der Reglementierung und Restriktion.“ (S. 205)

Laut Polanyi mussten also in den entscheidenden Fällen des Gewerkschaftsgesetzes und der Antitrustbestimmungen die Wirtschaftsliberalen selbst zahlreiche

Interventionen des Staates einfordern, um den selbstregulierenden Markt vor monopolistischen Gruppierungen zu schützen (vgl. S. 207). „Sogar der Wettbewerb und der Freihandel erfordern Interventionen, um funktionieren zu können.“ (S. 207). Das bedeutet, die zentralen marktwirtschaftlichen Institutionen Arbeitsmarkt, Wettbewerb und Freihandel sind das Resultat politischer Intervention. Wie „natürlich“ oder „spontan“ ist also eine Ordnung, die laufend durch den Staat politisch durchgesetzt werden muss? Offenkundig geht es nicht um die Frage, ob es politische Regeln gibt, sondern welche zur Durchsetzung kommen. Ein selbstregulierender Markt kommt nicht mit weniger Regeln aus, im Gegenteil, laut Polanyi

„(...) führte die Errichtung freier Märkte keineswegs zur Abschaffung von Kontrollen, Reglementierungen und Interventionen, sondern vielmehr zu deren enormer Ausweitung.“ (vgl. S. 194)

### **Regulierung mit Markt unvereinbar**

Für Polanyi ist das Marktsystem zweifellos das Resultat politischer Durchsetzung, die ihrerseits wiederum zu zahlreichen politischen Gegenreaktionen geführt hat: „Ein Jahrhundert lang wurde die Dynamik der modernen Gesellschaft von einer Doppelbewegung bestimmt: Der Markt erweitere sich ständig, doch stieß diese Bewegung auf eine Gegenbewegung, die diese Expansion in bestimmten Richtungen bremste. So wichtig eine solche Gegenbewegung für den Schutz der Gesellschaft war, so war sie letztlich mit der Selbstregulierung des Marktes und damit dem Marktsystem selbst unvereinbar.“ (S. 182). In Polanyis Lesart des Marktsystems sind alle Regulierungen nur temporäre Abmilderungen, die von den Marktkräften selbst letztlich wieder zersetzt werden. Noch bedeutsamer als diese pessimistische Einschätzung ist jedoch seine Vermutung, dass Regulierungen Marktperfektionen mit sich bringen:

„Mises argumentierte richtig, dass die Arbeiter »wenn sie sich nicht wie Gewerkschafter verhielten, sondern ihre Forderungen reduzierten sowie ihren Wohnsitz und ihrer Tätigkeit entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarkts änderten, schließlich Arbeit finden würden.«“ (S. 242)

Der Stand der Beschäftigung am Arbeitsmarkt ist bei Polanyi also keine Folge der Nachfrageentwicklung auf den Gütermärkten wie das in einer keynesianischen Lesart der Fall wäre. Vielmehr ist der Arbeitsmarkt im Sinne der Neoklassik ein eigenständiger Markt mit einem markträumenden Gleichgewichtspreis. Damit folgt er jener Argumentation, mit der Wirtschaftsliberale oder Arbeitgeberverbände gegen Tarifsysteme oder Mindestlöhne argumentieren, weil diese Institutionen Arbeitslosigkeit zur Folge hätten. Er lässt auch keinen Zweifel daran, dass die durch Regulierung hervorgerufenen Marktperfektionen die wirtschaftliche Dynamik erheblich dämpfen:

„Dennoch ist offensichtlich, dass jegliche Methode der Intervention, die

den Arbeitenden Schutz bietet, den Mechanismus des selbstregulierenden Marktes behindern und schließlich zur Verringerung gerade jenes Fundus an Konsumgütern führen muss, der sie mit Lohn versorgt.“ (S. 307)

Polanyi war sich bewusst, dass Marx sich in seiner ökonomischen Theorie stark an den liberalen Klassikern Smith und Ricardo orientierte und macht dies Marx sogar zum Vorwurf (vgl. S. 176). In letzter Konsequenz bleibt er jedoch selbst dieser Denkweise verhaftet. Was die historische Genese und damit die „Natürlichkeit“ des Marktsystems betrifft, ist er völlig anderer Auffassung als die Liberalen, was dessen Funktionsweise betrifft, herrscht hingegen oftmals verblüffende Übereinstimmung. Polanyi teilt mit vielen durch Marx inspirierten Theoretikern die Auffassung, dass die kapitalistische Epoche eine temporäre Anomalie darstelle, die keineswegs natürlich sei, sondern im Gegenteil die Auflösung der ursprünglichen und eigentlich natürlichen sozialen Beziehungen der Menschen darstelle. Eine intensive anthropologische Auseinandersetzung mit der Entstehung des Marktsystems in vorkapitalistische Gesellschaften, die quasi die empirische Grundlage für „The Great Transformation“ bildet und sich durch das gesamte Werk zieht, dürfte ihn maßgeblich zu dieser Sichtweise bewegt haben:

„Die eigentliche Kritik an der Marktgesellschaft besteht nicht darin, dass sie auf ökonomischen Prinzipien beruhte - in gewissem Sinn muss jegliche Gesellschaft darauf beruhen -, sondern dass ihre Wirtschaft auf dem Eigeninteresse beruhte. Eine solche Organisation des Wirtschaftslebens ist völlig unnatürlich und im rein empirischen Sinn außergewöhnlich.“

Wenn die sozialen Beziehungen in Marktgesellschaft unnatürlich sind und eine Regulierung der Märkte - und damit eine Neujustierung dieser sozialen Beziehungen - letztlich nicht möglich ist, dann ist die Notwendigkeit einer Überwindung der Marktgesellschaft die logische Ableitung. Es sind diese Überzeugungen die Polanyi zu einem Sozialisten machen. Die Unregulierbarkeit des Marktes ist eine Auffassung, die Liberale und Sozialisten in der ersten Hälfte des 20. Jh. teilen, die politischen Ableitungen, die beide Gruppen daraus ziehen, sind allerdings völlig unterschiedlich.

### **Fazit: Starke Analyse, unklare Ableitungen**

Polanyi beschreibt auf Basis anthropologischer Untersuchungen und wirtschaftshistorischer Analysen die historische Durchsetzung des Marktsystems mittels politischer Intervention auf sehr nachvollziehbare Weise. Er verwirft die These von einer natürlichen marktlichen Ordnung, führt jedoch die nicht minder essentialistische Auffassung ins Treffen, der gemäß der Eigennutzorientierung des Marktsystems selbst unnatürlich sei. Er beschreibt den Dogmatismus des Wirtschaftsliberalismus auf eine Art und Weise, die zeitlos zu sein scheint, und er buchstabiert die politischen Konsequenzen einer doktrinär liberalen Wirtschaftspolitik aus. Der Faschismus sei letztlich eine antidemokratische Reaktion um das Chaos, das der Wirtschaftsliberalismus produziert, unter totalitären Bedingungen neu zu ordnen. Wenn das Primat der Gesellschaft über die Wirtschaft nicht demokratisch

wiederhergestellt wird, dann eben autoritär. Auch diese These scheint in Anbetracht aktueller Entwicklungen in Europa in der Tendenz hoch aktuell.

Polanyi bleibt jedoch die politischen Konsequenzen seiner Analyse schuldig. Regulierungsmaßnahmen hält er für temporäre Phänomene, die nicht geeignet sind, ein marktwirtschaftliches System nachhaltig zu reformieren. Das ist ein gewisser Widerspruch zu der von ihm selbst konstatierten „ökonomisch erfolgreichen“ Regulierung der Marktwirtschaft durch den Faschismus. Offensichtlich war Polanyi 1944 trotz des wirtschaftlich ebenso erfolgreichen New Deals in den USA nicht der Auffassung, dass eine nachhaltige Regulierung der Marktwirtschaft unter demokratischen Bedingungen möglich sei. Auch die bereits seit 1936 vorliegende General Theory von Keynes, sowie die Diskussionen über kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsprogramme Anfang der 1930er-Jahre in Deutschland (die sich die Nazis zu Nutze machten), hatten offenbar keinen Einfluss auf seine diesbezüglichen Überzeugungen. Überspitzt gesagt: Aus Polanyis Kritik an wirtschaftsliberalen Systemen folgt nur die Wahl zwischen Faschismus und Sozialismus.

In einer Passage weist Polanyi jedoch darauf hin, dass er nach dem Krieg mit einer Hybrid-Gesellschaft rechnet, die von planerischen Elementen dominiert ist, aber nach wie vor Märkte aufweist, wobei die Preise für Arbeit, Boden und Kapital außerhalb des Marktsystems festgesetzt würden (vgl. S. 333). Die westeuropäischen Gesellschaften nach 1945 waren von einer umgekehrten Gewichtung geprägt - der Markt blieb als zentrales Organisationsprinzip, war aber flankiert durch Regulierungen und einen starken öffentlichen Sektor. Trotzdem stellten diese Gesellschaften eine Form des Hybrids dar, wobei durch verstaatlichte bzw. öffentliche regulierte Banken sowie durch ein Tarifsystem am Arbeitsmarkt die Preise für Kapital und Arbeit tatsächlich nicht (nur) dem Markt überlassen wurden. So gesehen stand die Nachkriegsrealität womöglich nicht in völligem Widerspruch zu jenen Vorstellungen, die Polanyi 1944 in „The Great Transformation“ formulierte.

*Karl Polanyi (1944/2014): „The great Transformation“ Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (suhrkamp taschenbuch wissenschaft)*